

Ton Nijhuis

Rechtspopulismus in Deutschland und in den Niederlanden. Betrachtungen zum unterschiedlichen Erfolg rechtspopulistischer Parteien

Ein Gespenst geht in Europa um – Das Gespenst des Rechtspopulismus
(nach Karl Marx)

Obwohl die europäische Integration vorläufig nicht zu einer Konvergenz nationaler Gesellschaftsordnungen führt, läßt sich eine zunehmende Konvergenz und Synchronisierung politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Probleme feststellen, mit denen die europäischen Länder konfrontiert werden. Es handelt sich dabei unter anderem um die Notwendigkeit zur Umstrukturierung des Sozialstaates, die sich ändernde Position politischer Parteien im politischen System sowie um Probleme im Zusammenhang mit der Aufnahme von Flüchtlingen und der Integration von Ausländern.

Es gibt kein Land, das nicht mit diesen Problemen kämpft, aber es gibt wichtige Unterschiede in der Art und Weise, wie derartige Probleme von den jeweiligen Staaten wahrgenommen und definiert werden und wie ihnen begegnet wird. Dies wiederum hat Konsequenzen für die Wahl weiterer Lösungsstrategien und für die Folgeprobleme, die sich daraus ergeben. Im Sinne von ‚challenge – response‘ könnte man sagen, daß jede Reaktion neue Möglichkeiten eröffnet und dadurch gleichzeitig andere Möglichkeiten ausschließt. So ist der einmal eingeschlagene Weg von großem Einfluß auf den späteren Weg, und jedes Land entwickelt, trotz aller Internationalisierung und Europäisierung, seinen eigenen Weg. Es gibt ebenso viele ‚Europäisierungsprozesse‘ wie es Mitgliedstaaten gibt.

Das ändert jedoch nichts daran, daß es möglich ist, von den Erfahrungen in anderen Ländern zu lernen, und daß es sinnvoll ist, über die eigene Grenze hinweg zu untersuchen, wie in anderen Ländern mit vergleichbaren Problemen umgegangen wird. In Europa wird solch ein transnationales Lernen in vielen Bereichen durch ‚benchmarking‘, ‚best practices‘, ‚score boards‘, ‚peer reviews‘ und ‚peer pressure‘ stark stimuliert. Trotzdem erweist es sich häufig als schwierig, Erfolgsrezepte anderer Länder zu kopieren, da die Unterschiede der nationalen Kontexte, in die die Probleme eingebettet sind, oftmals zu groß sind.

Auch für den Rechtspopulismus gilt, daß er sich zwar auf der einen Seite zu einem wahren europäischen Phänomen entwickelt hat, auf der anderen Seite jedoch in den einzelnen Ländern eine nationalspezifische Form annimmt, die sich weder inhaltlich noch stilistisch einfach auf vergleichbare Parteien in anderen Ländern übertragen läßt. Beispielsweise war der ermordete niederländische Politiker Pim Fortuyn in vielerlei Hinsicht ein Hypermodernist (hochgradig individualistisch, Rechte für Homosexuelle usw.), ein Verteidiger des Sozialstaates (obwohl die Rechte normalerweise mit neoliberalen Gedankengut assoziiert wird) und zudem pro-israelitisch eingestellt. Damit unterschied er sich von den meisten anderen rechtspopulistischen Parteiführern in Europa. Auch was seine Persönlichkeit angeht – er war ein eitler, pedantischer und oft zickiger Dandy, der die Pose des Provokateurs und Spaßmachers liebte – ist Fortuyn nicht mit seinen Kollegen zu vergleichen.

Die großen Unterschiede in den nationalen Kontexten, in denen die rechtspopulistischen Parteien aktiv sind und auf die sie reagieren, erschweren eine Untersuchung des Rechtspopulismus als europäisches Phänomen. Die meisten Betrachtungen beschränken sich deshalb auf ein Land. Vergleichende Analysen können jedoch das Auge für die besondere Mischung aus nationalspezifischen und eher allgemeinen Faktoren schärfen, die beim Rechtspopulismus immer wieder eine Rolle spielen.¹

Es ist besonders interessant, Deutschland und die Niederlande miteinander zu vergleichen, weil Deutschland oft eine Empfänglichkeit für Rechtsextremismus nachgesagt wird, aber gleichzeitig das politische System in der Bundesrepublik relativ immun gegen solche Parteien zu sein scheint, während man in den Niederlanden eine derartige Partei bis vor kurzem nicht so schnell erwartet hätte, deren Aufstieg jedoch stürmischer verlaufen ist als der vergleichbarer Parteien in anderen europäischen Ländern.

In diesem Beitrag sollen nicht beide Länder systematisch verglichen, sondern zwei Beiträge des vorliegenden Bandes über den Rechtspopulismus in Deutschland (Frank Decker) und in den Niederlanden (René Cuperus) miteinander konfrontiert werden. Hierbei wird auf einige markante Unterschiede zwischen dem politischen System und der politischen Kultur in Deutschland und den Niederlanden hingewiesen, die zu einem besseren Verständnis der Tatsache führen können, warum in der Bundesrepublik im Gegensatz zu den Niederlanden rechtspopulistische Parteien bis heute auf nationaler Ebene keinen Erfolg haben.

Sowohl Decker als auch Cuperus betrachten den Rechtspopulismus als ein europäisches Phänomen. Cuperus versucht zu erklären, warum dieses Phänomen in den Niederlanden derartige Ausmaße angenommen hat, und Decker stellt die Frage, weshalb Deutschland in bezug auf diesen Trend bis jetzt relativ immun geblieben ist. Cuperus untersucht in seiner Analyse vor allem, inwiefern sich die Wählerschaft verändert hat und wie sich ihr Verhältnis zu den Parteien verschoben hat. Er kommt zu dem Schluß, daß der Erfolg der populistischen Parteien auf diese Veränderungen zurückzuführen ist. Decker hingegen geht von einem mehr oder weniger stabilen Prozentsatz von poten-

¹ Die beste europäische Übersicht stammt von F. DECKER, *Parteien unter Druck. Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien*, Opladen 2000.

tiellen rechtspopulistischen Wählern aus und untersucht daher in seiner Analyse die Frage, unter welchen Bedingungen Parteien dieses Potential mobilisieren können. Decker scheint sich weniger für die zunehmenden Sympathien für Rechtspopulismus unter den Wählern zu interessieren, ein Thema, das für Cuperus jedoch von großer Bedeutung ist.

Das führt zu einem grundverschiedenen, jedoch komplementären Blickwinkel. Der Erfolg des Populismus wird mit der Unzufriedenheit der Wähler, Veränderungen in der politischen Landschaft und Entwicklungen in den Medien erklärt, während als Ursache für das Versagen des Populismus die Unfähigkeit der betreffenden Parteien, die vorhandene Wählerschaft langfristig an sich zu binden, angegeben wird.

Wenn wir nun aber Cuperus' Analyse auf Deutschland beziehen und die Deckers auf die Niederlande, dann sind beide nicht stichhaltig. Die Unterschiede im Hinblick auf die Unzufriedenheit der Wählerschaft und das veränderte Verhältnis zu den etablierten Parteien (Stichworte: Verschwinden der sozialen Milieus und Heimatlosigkeit der Macht) sind zwischen den beiden Ländern nicht so groß, als daß sie erklären könnten, warum der Rechtspopulismus in Deutschland keinen Erfolg hat. Wenn man der Analyse von Cuperus Glauben schenkt, dann müßte der Populismus in Deutschland stärker vertreten sein, da das Vertrauen in politische Parteien und andere politische Institutionen in den Niederlanden sehr viel größer ist als in Deutschland, weshalb man eigentlich in der Bundesrepublik einen besseren Nährboden für rechtspopulistische Bewegungen erwarten würde.

Umgekehrt läßt sich, wenn man von einem stabilen Potential an Wählern ausgeht, die bereit sind, für populistische Parteien zu stimmen, nur unzureichend erklären, weshalb jemand mit einem so wenig ausgeprägten Organisationsvermögen wie Fortuyn so erfolgreich sein konnte und weshalb Rechtspopulismus in den Niederlanden einen derartigen Aufstieg erleben konnte (und das nicht nur im Wahlverhalten, sondern auch in der Öffentlichkeit als solcher).

Die Suche nach den Erklärungsfaktoren für den Erfolg des Rechtspopulismus findet auf allen denkbaren Ebenen statt, von übergreifenden Modernisierungs- und Globalisierungsprozessen bis hin zu vereinzelt Vorfällen und Skandalen. Diese Heterogenität oder Mehrdimensionalität stellt ein Problem für die Gewichtung der sehr unterschiedlichen, manchmal sogar widersprüchlichen erklärenden Faktoren dar.

Decker unterscheidet vier Ursachenkomplexe: 1. gesellschaftlicher Wandel, 2. institutionelle Rahmenbedingungen des politischen Systems, 3. politische Gelegenheitsstrukturen und 4. die Fähigkeit der rechtspopulistischen Akteure, die sich ihnen bietenden Gelegenheiten zu nutzen.

Sozialwissenschaftler beziehen sich vorzugsweise auf die Ebene großer gesellschaftlicher Umwandlungsprozesse, die Veränderungen in der sozialen Struktur und in den Wertvorstellungen mit sich bringen. Diese Prozesse werden häufig mit dem Etikett ‚Modernisierung‘ versehen. Auch Cuperus sieht darin den Kern des Problems. Eine seiner zentralen Thesen lautet, der europäische Rechtspopulismus sei vor allem als eine Reaktion auf die Schattenseiten des unerhört schnell voranschreitenden Modernisierungsprozesses zu betrachten. Diese These erscheint mir allerdings sehr zweifelhaft. Fortuyn

war schließlich in gewissem Sinne ein Hypermodernist. Ein wichtiger Teil seiner Anhängerschaft rekrutierte sich, wie Cuperus an anderer Stelle zu Recht feststellt, aus Bürgern, die man zu den Gewinnern der Modernisierung rechnen kann, aus der gehobenen Mittelklasse mit einem Einkommen, das deutlich über dem Durchschnitt liegt. Der Rechtspopulismus von Fortuyn war weniger ein Randgruppenphänomen, als vielmehr ein Extremismus der Mitte.

Das analytische Niveau, auf das man sich mit dem Heranziehen des Modernisierungsprozesses als erklärendem Faktor begibt, eignet sich schlecht zur Erläuterung der Unterschiede zwischen Deutschland und den Niederlanden. Bei der Annahme, der Modernisierungsprozeß habe zum Aufkommen des Populismus beigetragen, rücken zwangsläufig die Parallelen und gemeinsamen Ursachen in den Vordergrund. Außerdem ist es auf dieser Ebene eigentlich unmöglich, unerwartete Entwicklungen wie den Wahlerfolg Pim Fortuyns zu erklären.

Modernisierungstheorien beschreiben gesellschaftliche Veränderungsprozesse, die einen säkularen Charakter haben und sich über Jahrzehnte oder sogar Jahrhunderte hin vollziehen können. Das bedeutet, daß Modernisierungsprozesse als solche nicht von den Betroffenen wahrgenommen werden. Sie entziehen sich, um mit Reinhard Koselleck zu sprechen, unserem alltäglichen Erfahrungshorizont.²

Der Modernisierungsprozeß paßt nicht in den zeitlichen Rahmen der täglichen Erlebniswelt, mit dem wir Ereignisse in ein Vorher-Nachher-Schema einordnen. Wir erfahren nicht den Modernisierungsprozeß als solchen, sondern seine konkreten Manifestationen! Diese können eventuell als erklärende Faktoren angeführt werden, aber dann ist es sinnvoller, diese auch konkret zu benennen statt sie hinter einem vagen ‚Containerbegriff‘ zu verbergen.

Als säkularer Prozeß ist der Modernisierungsprozeß zudem nicht dazu geeignet, kurzfristige Entwicklungen zu erklären. Der stürmische Erfolg von Pim Fortuyn hat sich innerhalb weniger Monate vollzogen. Im Rahmen von Modernisierung können sich aber in einer derart kurzen Zeit keine substantiellen Veränderungen vollziehen. Explanandum und Explanans befinden sich in völlig unterschiedlichen zeitlichen Dimensionen. Zudem stellt sich die Frage, ob die Themen, die Fortuyn angeschnitten hat, wie die Wartelisten in der Gesundheitsfürsorge, inhärent mit dem Modernisierungsprozeß verbunden sind.

Für eine vergleichende Analyse des Erfolgs von Pim Fortuyn in den Niederlanden und dem Versagen populistischer Politiker in Deutschland wie Ronald Schill und Jürgen W. Möllemann ist der Modernisierungsprozeß der falsche Ansatz.

Neben langfristigen Prozessen werden auch einzelne Vorfälle und vorübergehende Ereignisse als Erklärungen für den plötzlichen Erfolg des Populismus herangezogen. Dabei muß an politische Skandale bei den etablierten Parteien und gesellschaftliches Aufbegehren gegen Vorfälle, an denen Ausländer beteiligt waren, gedacht werden. Diese tragen dazu bei, daß die Sensi-

² R. KOSELLECK, *Vergangene Zukunft*, Frankfurt a.M. 1979.

bilität für gesellschaftliche Probleme und staatliches Versagen in kurzer Zeit stark zunehmen kann.

Es geht dabei um vorübergehende, situative Faktoren, die in gewissem Sinne einen kontingenten Charakter haben und sich deshalb weniger zu einem strukturellen Vergleich von zwei oder mehreren Ländern eignen. Das gilt auch für Deckers These der ‚Fähigkeit der rechtspolitischen Akteure, die sich ihnen bietenden Gelegenheiten zu nutzen‘. Das Vorhandensein einer politischen Führungspersönlichkeit mit charismatischen, medienwirksamen und organisatorischen Qualitäten ist in einem hohen Maße eine kontingente Erscheinung und sagt deshalb an sich nicht viel über die unterschiedliche Empfänglichkeit für rechtspopulistische Politik in beiden politischen Kulturen aus. Damit ist allerdings nicht gesagt, daß diese vorübergehenden und kontingenten Faktoren für den Wahlerfolg Pim Fortuyns nicht von ausschlaggebender Bedeutung gewesen sein können.

Viele Sozialwissenschaftler haben die Neigung, das, was tatsächlich geschehen ist, im nachhinein als notwendig oder fast unvermeidlich darzustellen. Diese Neigung geht aus dem Wunsch hervor, rückwirkend strukturelle Faktoren bloßzulegen, die zwangsläufig zu einer bestimmten Reaktion führen mußten. Statt post factum die Notwendigkeit aufzuzeigen, sollte auch auf den kontingenten Charakter der sozialen und politischen Realität hingewiesen werden. Man sollte sich dessen bewußt sein, daß die Chancen für einen Siegeszug Fortuyns vielleicht viel geringer waren, als man aufgrund seines tatsächlichen Erfolgs annehmen würde.

Bei der Beantwortung der Frage, warum rechtspopulistische Parteien in der Bundesrepublik bis heute auf nationaler Ebene so wenig erfolgreich waren, während in den Niederlanden Fortuyn so schnell erfolgreich sein konnte, ist der Ursachenkomplex entscheidend, den Decker die ‚institutionellen Rahmenbedingungen des politischen Systems‘ nennt.

Das deutsche politische System unterscheidet sich strukturell und institutionell wesentlich von der niederländischen Staatsordnung. Die wichtigsten Unterschiede, die auch von Decker kurz besprochen werden, sind zweifellos der deutsche Föderalismus und die Fünfprozentklausel. Mit Blick auf die politische Kultur besteht der wichtigste Unterschied darin, daß auf Deutschland noch immer der Schatten Hitlers fällt. In Deckers Schlußfolgerung jedoch tauchen diese institutionellen Rahmenbedingungen kaum wieder auf, wenn er meint, daß auch in Deutschland eine solche Partei Fuß fassen könne, wenn es ihr gelänge, das Organisationsproblem zu lösen und ihr eine überzeugende Führerfigur zuwachse. Hier scheint also vor allem die Fähigkeit der rechtspopulistischen Akteure der Erfolg versprechende Faktor zu sein, weshalb sich Deutschland auch der europäischen Normallage noch nicht angenähert hat.

Es gibt jedoch zahlreiche weitere strukturelle Faktoren, die dazu führen, daß es der Rechtspopulismus in Deutschland so schwer hat, im politischen System Fuß zu fassen. Dies vor allem, wenn man die institutionellen Rahmenbedingungen weiter faßt und diese nicht nur auf Strukturen und Institutionen bezieht, sondern auch auf die politische Kultur als Ganzheit von eingefahrenen Beziehungen, Handlungsweisen und Äußerungen, politischen

Stilen und Werten und Normen, die relativ stabil sind und das Funktionieren von politischen Systemen in einem hohen Maß bestimmen können.

Decker sagt zu Recht, daß die eigentliche Ursache in der politischen Kultur liegt, weil der Populismus in Deutschland in einem historisch vorbelasteten Umfeld agieren muß. Dieses Umfeld bestimmt auch, wie der Rechtspopulismus wahrgenommen wird. Und hier taucht ein Problem auf, das von Cuperus und Decker kaum angesprochen wird, nämlich die Frage, wie der Populismus in den beiden Ländern gesehen und gedeutet wird. Denn genauso wichtig wie die Ideen, Intentionen und die programmatischen Forderungen der politischen Akteure ist die Frage, wie ihre Partei in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird und welche ‚eigentlichen‘ Zielsetzungen ihr zugeschrieben werden.

Rechtspopulismus wird meistens mit drei unterschiedlichen Traditionen assoziiert: mit ‚rechts‘ im Sinne von rechtsextremen und antidemokratischen Traditionen im Europa des 20. Jahrhunderts; mit ‚rassistisch‘ als extremes bis gemäßigtes Ablehnen von Ausländern und Immigrationsprogrammen; und mit Populismus, der sich vor allem durch einen Protest gegen das politische Establishment, durch ein Hervorheben der Bedeutung von ‚gesundem Menschenverstand‘ und durch einen Appell an Zusammengehörigkeitsgefühle kennzeichnet.

Die mögliche Akzentuierung ist, wie gesagt, nicht nur abhängig vom Eigenprofil der Partei, sondern auch von der Rolle, die ihr in der Öffentlichkeit zugeschrieben wird. In der vorbelasteten politischen Kultur Deutschlands werden Parteien schnell durch den Vorwurf diskreditiert, in nationalsozialistischer Tradition zu stehen. Rechtspopulistische Parteien in Deutschland bemühen sich deshalb darum, dem Rechtsextremismus fern zu bleiben, wenn auch nicht immer erfolgreich.

Das Instrument, populistische Parteien bereits im voraus auszuschalten, gibt es in den Niederlanden in diesem Maße nicht. Das gilt auch für den Umgang mit der Presse. Seit dem Zweiten Weltkrieg zählt für die Presse in Deutschland das Stärken der Demokratie zu den vorrangigen Aufgaben, und sie ist deshalb sehr zurückhaltend im Umgang mit Populisten. In den Niederlanden ist die Angst vor einer rechten Diktatur kaum vorhanden. Deshalb neigt man weniger dazu, Politikern derartige Ziele zu unterstellen.

In den Niederlanden ist außerdem in den neunziger Jahren das Pendel umgeschlagen. Die niederländische nationale Identität beruht auf einem ausgeprägten Selbstbild als tolerantes und außergewöhnlich liberales Land, ein Bewußtsein, das seinen Ursprung bereits im 17. Jahrhundert hat. Die Akzeptanz anderer Lebensweisen ist relativ groß. In den Niederlanden ist somit eine Haltung, die als ‚civic inattention‘, beschrieben werden kann, stark ausgeprägt. ‚Civic inattention‘ bedeutet, daß man die Mitbürger in der Öffentlichkeit zwar wahrnimmt, daß man jedoch nicht darauf achtet, womit sie sich beschäftigen. Der Begriff bezeichnet einen gesellschaftlichen Umgang, der sich durch ein ‚sich-in-Ruhe-lassen‘ auszeichnet, ein ‚freundliches-sich-keine-Aufmerksamkeit-zukommen-lassen‘. Das abweichende Verhalten anderer wird nicht gleich als inakzeptabel empfunden, was zur Folge hat, daß man Mitbürger in der Öffentlichkeit nur ungern auf unerwünschtes Verhalten – beispielsweise störendes Benehmen im Zug – anspricht. Öffentliches Korri-

gieren ist in den Niederlanden nicht üblich; man scheut vor Konfrontationen zurück. Toleranz führt deshalb in der Praxis schnell zu Wegschauen und Gleichgültigkeit. Mitte der neunziger Jahre setzte sich jedoch nach einer Reihe von Vorfällen die Ansicht durch, daß man mit der Toleranz zu weit gegangen war. ‚Zero tolerance‘ wurde ein beliebter Ausdruck. Man war nicht länger bereit, störendes Verhalten anderer zu übersehen. Auf diese Weise entstand ein Klima, das es Populisten beispielsweise ermöglichte, die Kriminalität unter Ausländern zur Diskussion zu stellen, ein Thema, das bis dahin tabu war.

Während in Deutschland derartige Parteien als rechtsextrem und rassistisch charakterisiert werden, konnte Pim Fortuyn mit Tabus kokettieren, die bereits mehr oder weniger gebrochen worden waren. Fortuyn wurde deshalb nicht als Rassist gesehen, sondern in erster Linie als jemand, der das politische Establishment aufs Korn nahm. Und in dieser Eigenschaft konnte er ein viel größeres Wählerpotential ansprechen. Die frustrierten Wähler waren nicht die einzigen, die es positiv bewerteten, daß jemand es wagte, bestimmte Dinge auszusprechen und die Berufspolitiker in Den Haag zum Gespött zu machen. Auch die Presse reagierte interessiert – schließlich war Pim Fortuyn schlagfertig, überraschte und bot Zündstoff, er war kurz gesagt jemand, der für Einschaltquoten sorgte.

Mit Fortuyn zu kokettieren war möglich, denn man betrachtete ihn nicht als eine Gefahr für den demokratischen, liberalen Rechtsstaat. Diese Angst ist in der politischen Kultur in den Niederlanden im Gegensatz zu Deutschland kaum vorhanden. In den Niederlanden ist Rechtspopulismus eher Folklore, in Deutschland hingegen bitterer Ernst.

Dies leitet zu einem zweiten Unterschied der politischen Kultur über, der Frage nämlich, weshalb in Deutschland anscheinend das Bedürfnis nach jemandem, der Aufregung auslöst, geringer ist als in den Niederlanden und die Neigung, für die etablierten Parteien zu stimmen, größer.

In beiden Ländern gilt, daß die großen Volksparteien fast gezwungen sind, sich in der Öffentlichkeit sehr vorsichtig und gemäßigt zu äußern, da sie viele verschiedene Gruppen ansprechen müssen. So gesehen haben die kleineren Parteien einen Vorteil, denn sie können sich kühne Behauptungen erlauben und eher mit ‚gefährlichen‘ Themen experimentieren.

Dennoch gelingt es den großen Parteien in Deutschland, die Wähler an sich zu binden, in Wahlen ihre Unterstützung zu bekommen und die linken und rechten Extreme des politischen Spektrums zu integrieren. Das kann zum Teil damit erklärt werden, daß in Deutschland die Parteien größer sind und eine breiter definierte politische Ausrichtung haben, wodurch sich unterschiedliche Bevölkerungsgruppen von ihnen vertreten fühlen können. In den Niederlanden hat es immer eine Vielzahl kleiner Parteien gegeben. Zudem sorgt der Föderalismus in Deutschland auch noch für regionale Eigenheiten, die es den Parteien ermöglichen, die Einwohner der einzelnen Bundesländer gezielter anzusprechen. In den Niederlanden gibt es diese lokale oder regionale Färbung von Parteipolitik nicht, die Parteien werden in erster Linie mit Den Haag assoziiert. Hinzu kommt, daß der Druck auf die Wähler, für eine der großen Parteien zu stimmen, in Deutschland viel größer ist als in den Niederlanden.

In Deutschland geht es im Grunde immer um eine Regierung mit der SPD oder der CDU/CSU, während es in den Niederlanden verschiedene Koalitionsmöglichkeiten gibt und auch nie von vornherein bekannt ist, mit welchen Parteien die eigene Partei möglicherweise koalieren wird. Das bedeutet, daß in den Niederlanden eigentlich nie für oder gegen eine bestimmte Koalition gestimmt wird, was wiederum den Druck, für die großen, etablierten Parteien zu stimmen, verringert.

In beiden Ländern zeichnet sich das politische System dadurch aus, daß in der Beschlußfassung meistens nach einem Konsens gesucht wird. Während allerdings in den Niederlanden der politische Stil auch auf Kompromisse und Konsens ausgerichtet ist, gibt es in Deutschland eher eine politische Streitkultur, in der hart und prinzipiell debattiert wird.

Am guten Debattieren mangelt es in Deutschland nicht. Die Debattierkultur kompensiert gewissermaßen den Mangel an gehaltvollen inhaltlichen Unterschieden zwischen den großen Parteien, der sich in beiden Ländern als Folge der Entideologisierung der Politik manifestiert und dazu führt, daß selbst kleinste Meinungsunterschiede zu politischen Gegensätzen hochstilisiert werden. Darüber hinaus führt dies zu einem politischen Stil, der von einer stark persönlichen Profilierung von Politikern ausgeht, und dies auch schon deshalb, weil sich die Wahlen um die Kanzlerfrage drehen.

In den Niederlanden hingegen, wo die Politik pragmatischer und mehr auf Kompromisse ausgerichtet ist, werden die Gegensätze nicht so sehr aufgebaut, sondern die Unterschiede eher in den technischen Details gesucht. Dies führt, kombiniert mit der Notwendigkeit, sich im Umgang mit dem politischen Gegenüber, der gleichzeitig der potentielle Koalitionspartner sein könnte, eher freundlich und höflich zu verhalten, zu ziemlich langweiligen Debatten, in denen politische Fragen wie technokratische Themen mit entsprechendem Jargon behandelt werden. So wird der Abstand zwischen ‚uns‘ – den Wählern – und ‚denen‘ – der politischen Klasse – vergrößert. Während in Deutschland die Gegensätze noch innerhalb des politischen Systems artikuliert werden, neigt man in den Niederlanden dazu, zwischen dem politischen System einerseits und der Bevölkerung andererseits zu unterscheiden. Für einen Politiker, der sich gegen das politische Establishment auf die Seite der Wähler schlägt, ergibt sich somit ein größerer Spielraum.

Die politische Kultur in Deutschland kennt außer ihrem Manichäismus und ihrer Streit- und Debattierkultur noch eine Reihe anderer Faktoren, die es Neueinsteigern – und demnach auch rechtspopulistischen Parteien – schwer macht, einen Platz zu erobern:

- 1) Für strategische Wähler ist es in Deutschland risikoreicher, eine der alternativen Parteien zu wählen, denn letztendlich geht es um eine von der SPD oder eine von der CDU/CSU geführte Regierung.
- 2) Obwohl in der Bevölkerung beider Länder der Prozentsatz derjenigen, die Mitglied einer politischen Partei sind, ungefähr gleich ist, sind die Parteien in Deutschland sehr viel stärker als in den Niederlanden. Sie sind durch die Unterstützung, die der Staat ihnen zukommen läßt, finanziell sehr leistungsfähig, verfügen über eine umfangreiche Infrastruktur und über eine große Mitarbeiterschaft. In den Niederlanden sind die Parteien praktisch nicht existent. Sie verfügen kaum über ein Budget und können sich lediglich eine bescheidene

Zentrale leisten. Dies macht es für neue Parteien in Deutschland viel schwieriger, sich mit den etablierten Parteien zu messen, als in den Niederlanden.

3) Die Bundesrepublik ist in viel stärkerem Maße eine Parteiendemokratie als die Niederlande. Die Debatte innerhalb der Parteien sowie der Parteien untereinander hat einen zentralen Stellenwert. Wenn man die Regierungspolitik verfolgen möchte, ist es wichtig, die Meinungsbildung innerhalb der Regierungsparteien zu beobachten. In den Niederlanden bleiben die Parteien viel mehr im Hintergrund. Die Fraktionen im niederländischen Parlament können relativ autonom vorgehen. Diese starke Position der Parteien innerhalb des politischen Systems macht es in Deutschland für Außenstehende schwieriger, mit den etablierten Parteien zu konkurrieren. Auf der anderen Seite wirkt sie dem Eindruck der Entideologisierung entgegen, die in den Niederlanden dazu führt, daß zwischen den Parteien kaum noch Unterschiede festgestellt werden können.

4) In den Niederlanden hat das politische System darunter zu leiden, daß oft vollkommen unklar ist, wer wofür verantwortlich gemacht werden kann. Darüber hinaus ist es eine Folge der Koalitionspolitik, daß Minister kaum zum Rücktritt gezwungen werden. Die Unzufriedenheit der Wähler richtet sich daher oft gegen den Den Haager Dilettantismus und die versagenden Politiker, die sich gegenseitig schützen. In Deutschland hat der Bundeskanzler die Möglichkeit, etwas zur Chefsache zu ernennen, womit er seine persönliche Bedeutung in die Waagschale wirft. Darüber hinaus ist es in Deutschland einfacher, unfähige Minister zu entlassen. In Deutschland kann eher der Eindruck entstehen, daß das politische System tatsächlich darum bemüht ist, etwas gegen die Probleme zu unternehmen, auch wenn das in der Praxis kaum einen Unterschied macht.

5) Es könnte auch sein, daß in Deutschland die zahlreichen etablierten Interessengruppen, die noch immer stark mit dem politischen System verbunden sind, dazu beitragen, daß man den herkömmlichen Parteien die Treue hält. Die Gesellschaft orientiert sich viel stärker auf den Staat hin und ist an das politische System gebunden. Der Staat hat in Deutschland traditionell eine deutlichere Regie-Rolle als in den Niederlanden. Daher ist in Deutschland der Preis höher als in den Niederlanden, wenn man seine Stimme einer nicht-etablierten Partei gibt.

6) Die relative Sicherheit in den Niederlanden hinsichtlich der Stabilität des politischen Systems vereinfacht das Experimentieren im gesellschaftlichen und politischen Bereich, während es zur politischen Kultur in Deutschland gehört, daß immer die Notwendigkeit zur Wachsamkeit in bezug auf totalitäre Verlockungen vorhanden war und daß Sicherheit und Stabilität im Mittelpunkt stehen.

Diese Unterschiede, die ich hier und da etwas überspitzt formuliert habe, führen zu dem Schluß, daß das deutsche Parteiensystem und die politische Kultur weniger offen für Parteien sind, die eine Gegenposition zu den etablierten Parteien einnehmen. In den Niederlanden gab es eigentlich immer solche kleineren Parteien, wie beispielsweise die Bauernpartei. Das bedeutet also, daß in den Niederlanden im Gegensatz zu Deutschland die Chance eines Erfolgs rechtspopulistischer Parteien viel größer ist. Dies sollte man aber nicht als eine Schwäche des niederländischen politischen Systems betrachten.